

KURZDARSTELLUNG

HEAT

Handbuch zur Evaluation der Anti-Terror-Gesetze in Österreich



Das Ausmaß der staatlichen Eingriffe in unsere Privatsphäre und in die informationelle Selbstbestimmung lässt sich nur durch die Betrachtung der Summe aller Eingriffe richtig erfassen. Diese wichtige Erkenntnis der Notwendigkeit einer „Überwachungs-Gesamtrechnung“ wurde erstmals vom deutschen Bundesverfassungsgericht im Urteil zur Aufhebung der deutschen Vorratsdatenspeicherung im März 2010 formuliert.

Das Projekt HEAT (Handbuch für die Evaluation der Anti-Terror-Gesetze in Österreich), getragen vom Arbeitskreis Vorratsdaten Österreich, listet alle Überwachungsgesetze Österreichs auf, kombiniert dies mit einer Aufarbeitung der relevanten Judikatur, einer Erhebung der für Sicherheitsbehörden verfügbaren sowie der tatsächlich eingesetzten Technologien und schließlich einer ersten groben Technikfolgenabschätzung. In den Schlussfolgerungen wird daraus ein Kriterienkatalog für eine Evaluation aller Anti-Terror-Gesetze abgeleitet.

Dieses „Pflichtenheft“ soll staatlichen und zivilen Organisationen helfen, überschießende und damit potentiell verfassungswidrige Überwachungsbefugnisse zu identifizieren. HEAT wurde im Rahmen der „netidee“ durch die Internet Foundation Austria gefördert, das Konzept gewann außerdem den Sonderpreis in der Kategorie „Internet Privacy“.

Ein Projekt des

Arbeitskreises Vorratsdaten Österreich (AKVorrat)

In Kooperation mit

Research Institute - Zentrum für digitale Menschenrechte

und

Vienna Center for Societal Security (VICESSE)

Autoren

Christof Tschohl, Ewald Scheucher, Dieter Karl, Daniel Lohninger, Julia Luksan, Alexander Czadilek, Herbert Waloschek, Reinhard Kreissl, Kilian Klinger, Walter Hötzendorfer

Download der Version 1.1 von HEAT (unter einer CC-BY-SA 4.0 Lizenz):

https://akvorrat.at/sites/default/files/heat_1.1_0.pdf

AKVorrat veröffentlicht Vorgabe für Überwachungsgesamtrechnung

Nach eineinhalb Jahren intensiver Arbeit harder AKVorrat 15. September 2016 das Handbuch zur Evaluation der Anti-Terror-Gesetze in Österreich (HEAT) veröffentlicht. Die darin enthaltenen Vorgaben für eine Überwachungsgesamtrechnung erfüllen eine Forderung der BürgerInneninitiative „*Stoppt die Vorratsdatenspeicherung!*“ Diese wurde vom AKVorrat initiiert und von 106.067 Menschen unterzeichnet. Der Kriterienkatalog von HEAT gibt Politikerinnen und Politikern, Legisten und auch der Zivilgesellschaft Instrumente in die Hand, wie Sicherheitsgesetze auf ihre Vereinbarkeit mit verfassungsmäßig garantierten Grundrechten überprüft werden können. Wie dringend die darin formulierten Kriterien für eine verbindliche Folgenabschätzung aller Gesetze sind, zeigt sich am aktuellen Beispiel der Novellierung zum Börsegesetz, das Anfang August in Kraft getreten ist. Dort wird die Ermittlung von Verkehrsdaten erstmals auf Verwaltungsdelikte ausgedehnt. Bislang waren solche Befugnisse nur im gerichtlichen Strafrecht vorgesehen. Neben diesem konkreten Gesetz hat der AKVorrat drei Bereiche identifiziert, die dringend neu gestaltet werden müssen:

- Das **Telekommunikationsgesetz und die Durchlaufstelle**,
- der **Schutz der Träger von Berufsgeheimnissen** und
- der **automatisierte Datenabgleich ("Rasterfahndung")**.

Die am 15.9.2016 veröffentlichte Version von HEAT trägt das Datum 9/11. In den 15 Jahren nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York haben Regierungen in aller Welt mit Überwachungsgesetzen reagiert, die kaum geeignet sind, Terrorismus oder organisierter Kriminalität zu begegnen, aber sehr oft elementare Rechte aller Bürger einschränken. Österreich bildet hier keine Ausnahme: Vorratsdatenspeicherung, Polizeiliches Staatsschutzgesetz oder der geplante Bundestrojaner sind nur einige Beispiele für überbordende Überwachungsbefugnisse, die oftmals ohne hinreichenden Rechtsschutz beschlossen werden. Generell ist festzustellen, dass die Behörden immer mehr Möglichkeiten bekommen, schon weit im Vorfeld von Straftaten in die Privatsphäre unschuldiger Menschen einzudringen.

Neuerdings darf sogar schon bei Verwaltungsdelikten überwacht werden. Mit der jüngsten Novelle des Börsegesetzes ist erstmals eine Auskunft über Daten einer Nachrichtenübermittlung bei einer vermuteten Verwaltungsübertretung, konkret beim Missbrauch von Insiderinformationen und Marktmanipulation, zulässig. Noch dazu hat der Gesetzgeber keine Grundlage für eine Beauskunftungsverpflichtung für Provider im Telekommunikationsgesetz (TKG 2003) geschaffen.

"Das ist ein Dammbbruch. Wir sehen uns mit einer Situation konfrontiert, in der die Politik Überwachungsgesetze im Blindflug beschließt",

so Christof Tschohl, Obmann des AKVorrat und wissenschaftlicher Leiter des HEAT-Projekts.

"Es zeigt sich einmal mehr, wie nötig eine systematische und fundierte Evaluation ist. HEAT ist die Basis dafür. Wir werden alles tun, damit es auch eingesetzt wird",

so Tschohl weiter.

Grundlage für evidenzbasierte Sicherheitspolitik

Für die Politik ist HEAT ein Leitfaden zur Ausarbeitung grundrechtskonformer Gesetze und für eine Wirkungsorientierte Folgenabschätzung, die diese Bezeichnung tatsächlich verdient. Für zivilgesellschaftliche Initiativen bildet es eine Grundlage, sich fundiert in den Gesetzgebungsprozess

einzubringen. Für die Gesellschaft ist es der Rahmen für eine Gesamtrechnung, die alle Überwachungsmaßnahmen in einer Gesamtschau bewertet. Die zugrundeliegende Methodik und die ausgearbeiteten Kriterien sind nicht nur auf Österreich anwendbar. Das Handbuch kann auch international eingesetzt werden. Der UN-Sonderberichterstatler für das Recht auf Privatsphäre Joseph Cannataci wird für die geplante Druckauflage ein Vorwort beisteuern, in dem er die internationale Bedeutung der Überwachungs-Gesamtrechnung hervorhebt.

Beitrag zu einer lebendigen Demokratie

"Es ist eine Ironie der Geschichte, dass staatliche Überwachung bei einer wachsenden Zahl von Menschen, die mit dieser Politik geschützt werden sollen, selbst terroristische Effekte erzeugt: die Angst immer und überall Opfer von staatlichen Angriffen auf die eigene Privatsphäre zu werden",

so Reinhard Kreissl, CEO von VICESSE (Vienna Centre for Societal Security) und einer der Autoren von HEAT. Der AKVorrat hat es sich zur Aufgabe gemacht, hier gegenzusteuern und einen Beitrag zu einer lebendigen Demokratie zu leisten. Für diese braucht es Menschen, die ohne Angst vor Repression leben können.

Umfassende Analyse

In der ersten Phase des Projekts wurden sämtliche Gesetze analysiert, die Überwachungsbefugnisse beinhalten. Die eingesetzten technischen Mittel wurden ebenso betrachtet wie die Praxis, was ihren tatsächlichen Einsatz betrifft. Dazu wurden mit Hilfe der Grünen und der NEOS parlamentarische Anfragen gestellt. Wo die Antworten nicht ausreichend waren, wurden eigene Recherchen angestellt, die das Bild vervollständigen sollten. Erst in einer Gesamtschau hinsichtlich Effektivität und begleitender Rechtsschutzmaßnahmen lässt sich eine Sicherheitspolitik gestalten, die ihr Ziel erreicht und dabei verhältnismäßig bleibt.

Polizeiliches Staatsschutzgesetz: HEAT im Praxiseinsatz

Mit HEAT liegt eine Gesamtbetrachtung der Situation in Österreich vor. Die ausgearbeiteten Kriterien wurden anhand der Entstehung des Polizeilichen Staatsschutzgesetzes und des beim Verfassungsgerichtshofs eingebrachten Antrags auf Gesetzesprüfung (Drittelbeschwerde gemäß Art 140 Abs 1 Z 2 B-VG der grünen und freiheitlichen Nationalratsabgeordneten) auf ihre Praxistauglichkeit überprüft.

Weiterentwicklung

HEAT ist ein lebendiges Instrument. In den nächsten Wochen und Monaten werden die einzelnen Inhalte für unterschiedliche Anwendungsfälle und Zielgruppen aufbereitet. Auch der Kriterienkatalog wird noch weiter verfeinert. Vor allem aber wird der AKVorrat den Dialog mit unterschiedlichen Stakeholdern aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung suchen. Das Handbuch ist keine rein theoretische Arbeit: Es muss zum Einsatz kommen.

Interdisziplinäre Arbeit

Das Handbuch wurde unter der wissenschaftlichen Leitung von Christof Tschohl erstellt. Ein interdisziplinäres Team von JuristInnen, TechnikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen hat daran gearbeitet und wurde dabei von vielen Freiwilligen unterstützt, die Recherchearbeiten, Lektorat oder grafische Aufbereitung der Inhalte übernommen haben. Das Projekt wurde durch die "netidee" der gemeinnützigen Internet Foundation Austria (IPA) und viele Einzelspenden an den AKVorrat ermöglicht.

Download der Version 1.1 von HEAT (unter einer CC-BY-SA 4.0 Lizenz):

https://akvorrat.at/sites/default/files/heat_1.1_0.pdf

Eine Mindmap zum Handbuch zur besseren Übersicht ist unter dem Link https://akvorrat.at/sites/default/files/mindmap_heat.pdf downloadbar.

Über den AKVorrat

Der Arbeitskreis Vorratsdaten (AKVorrat) hat sich die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung und die Verhinderung ähnlicher Instrumente der anlasslosen Massenüberwachung zum Ziel gesetzt. Ein Etappenziel wurde mit der Annullierung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung durch den Europäischen Gerichtshof erreicht. Jetzt geht es dem AKVorrat vor allem darum, starken Datenschutz in unserer Gesellschaft zu verankern und auf die Einhaltung der Menschenrechte im Digitalen zu drängen.

www.akvorrat.at

Über Research Institute

Die Research Institute ist ein junges Forschungszentrum an der Schnittstelle von Technik, Recht und Gesellschaft, das sich aus multi- und interdisziplinärer Perspektive mit der Frage von Menschenrechten im digitalen Zeitalter beschäftigt. Dies umfasst technische und rechtliche Aspekte von Datenschutz und Datensicherheit ebenso wie Fragen zu Technikfolgenabschätzung, Cybercrime und Netzpolitik. Mit einem ausgewogenen Portfolio aus wissenschaftlicher Grundlagenforschung, R&D-Aktivitäten und Consulting konnte sich das Research Institute seit der Aufnahme seiner operativen Tätigkeit im November 2012 als erfolgreicher Neuzugang in der österreichischen Forschungslandschaft etablieren. Durch aktives Engagement in zivilgesellschaftlichen Initiativen wie dem Arbeitskreis Vorratsdaten ist das Research Institute auch eng mit der österreichischen Datenschutz- und Netzpolitikszene verbunden und versteht sich selbst als "Thinktank im Aufbau".

www.researchinstitute.at

Impressum

Arbeitskreis Vorratsdaten Österreich
(AKVorrat.at)
Kirchberggasse 7/5
1070 Wien

Zuständige Vereinsbehörde

Landespolizeidirektion Wien, Büro für Vereins-,
Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten
ZVR-Zahl: 140062668
UID: ATU66502037

Handbuch zur Evaluation von Anti-Terror-Maßnahmen [HEAT]

